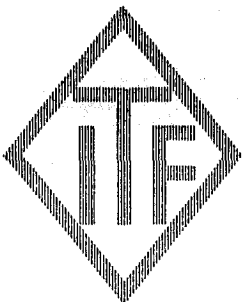




# FASCHISMUS

No. 12

Amsterdam, den 15. Dezember 1934.



**Neue Kampfformen.** (ITF) Streiks sind im Dritten Reich verboten, sie gelten als Meuterei und werden mit Polizeigewalt unterdrückt. Doch die deutschen Arbeiter haben neue Kampfmethoden entwickelt, Formen des "legalen Streiks", die der Polizei ein Eingreifen erschweren. Durch die Werktarife bleiben diese Bewegungen auf einzelne Betriebe oder auch nur Betriebsabteilungen beschränkt, aus begreiflichen Gründen lässt sich nur über wenige dieser Aktionen berichten. Es sind erst tastende Versuche, den Kampf an der Klassenfront wieder aufzunehmen.

Zur Beruhigung der Arbeiter hatte die Reichsregierung versprochen, dass neben dem Lohnabzug zur Winterhilfe keinerlei "freiwillige" Spenden ohne ausdrückliche Genehmigung der Reichsleitung der NSDAP eingetrieben werden dürfen. In der Berliner AEG, Werk Brunnenstrasse, aber wurde am 5. Dezember der Belegschaft mitgeteilt, dass noch ein Sonderbeitrag von 50 Pfennigen für den "Tag der nationalen Solidarität" am Lohn abgezogen werden sollte. Die Arbeiter gingen nach dieser Mitteilung wortlos an ihren Arbeitsplatz zurück, aber rührten keine Hand. Die Direktion tobte, versuchte, die Polizei zum Eingreifen zu veranlassen, doch die weigerte sich. Sie hätte sich durch ihr Eingreifen in Widerspruch zu Erklärungen der Reichsregierung gesetzt. Die Direktion musste schliesslich den Arbeitern zusichern, dass die 50 Pfennig nicht abgezogen würden. Die Arbeiter, die "für das Befolgen eines nationalsozialistischen Gesetzes" eintraten, hatten einen Erfolg zu verzeichnen.

Ganz ähnlich verlief die Aktion Berliner Arbeiter, die in der Nähe von Bremen beim Bau der Autostrasse beschäftigt wurden. Im Rahmen des sogenannten Göringplans werden Berliner Arbeitslose vornehmlich zu Tiefbauarbeiten in die Provinz vermittelt. Man garantierte ihnen bei einem Stundenlohn von 50 Pfennigen wöchentlich 48 Stunden Verdienstmöglichkeit (am 4. Dezember wurde die Garantie allgemein auf 32 Wochenstunden herabgesetzt). Von den in den 48 Stunden verdienten 24 RM sollten der Familie 10 RM ausgezahlt werden, für Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung wurden 7.50 RM berechnet und ca. 3 RM für Sozialabzüge. Dem Arbeiter blieben 3,50 RM pro Woche zur persönlichen Verfügung.

Eines Tages berichteten die Angehörigen, dass ihnen statt der vereinbarten 10 RM nur noch 6 RM ausgezahlt würden. Es war also hinter

2.)

dem Rücken der Arbeiter ein Lohnabbau von 17% vorgenommen worden. Die Empörung im Lager war allgemein. Der Bauführer warnte vor Streik, der als Meuterei bestraft würde; die Arbeit wurde trotzdem niedergelegt. Polizisten besetzten das Lager; Verhandlungen mit den Leitern der zuständigen Arbeitsämter blieben ergebnislos, die Arbeiter bestanden auf Erfüllung des Goeringplans. Fast die Hälfte der Lagerbelegschaft verlangte Rückfahrkarten nach Berlin; sie wollten nur zu den vereinbarten Bedingungen arbeiten. Man gab ihnen nach, aber transportierte sie unter Polizeibewachung direkt ins Berliner Polizeipräsidium. Nach einigen Tagen Haft wurden alle Arbeiter freigelassen, wegen "Verteidigung nationalsozialistischer Anordnungen" konnte man sie nicht bestrafen. Nur 2 SA-Männer wanderten wegen "Meuterei" ins Konzentrationslager. Für die beteiligten Arbeiter wurde durch die Aktion zur "Verteidigung des Goeringplans" nicht nur die Wiederherstellung der vollen Auszahlung an die Familien erreicht, sondern durch Übernahme der Sozialbeiträge auf die Baufirma eine Lohnerhöhung von rund 8%.

Das Lager wurde den Nationalsozialisten unheimlich und Ende Oktober als "zu teuer" aufgelöst.

Die Zeit für einen offenen Widerstand der Arbeiter ist im Dritten Reich noch nicht gekommen. Der Terrorapparat kann lokale "Meutereien" noch leicht unterdrücken. Aber gegen "legale" Aktionen können die Machtmittel des Systems nur schwer eingesetzt werden, "legale" Aktionen haben schon heute Aussicht auf Erfolg.

Die Wirtschaft zieht das Brauhemd aus. (ITF) Die deutsche Industrie hat die Kampfansage der Ritter von "Blut und Boden", die Vorstöße der vor der wachsenden Erregung der Massen bangenden Führer der Arbeitsfront mit einem Gegenstoss beantwortet. In offener Frontstellung gegen den Reichsnährstand und die Arbeitsfront haben sich die alten Verbände der Unternehmer neu formiert.

Der Zeitpunkt des Gegenstosses war günstig gewählt. Die Industrie verfügt über die Devisen, die in der jetzigen Epoche der fieberhaften Kriegsvorbereitung und für den Ernstfall zur Rohstoff- und Lebensmittelversorgung gebraucht werden; die Missernte hat den Devisenbedarf noch gesteigert. Die Industrie hätte es in der Hand, jetzt, wo die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen des Staats aus Geldmangel eingeschränkt werden müssen, durch Massenentlassungen den letzten Rest des nationalsozialistischen Wunders zu zerstören. Sie hat ihre Stunde genutzt.

Als im Frühjahr 1933 das aufgewühlte Kleinbürgertum den braunen Sozialismus verwirklichen wollte, zogen nationalsozialistische Wirtschaftskommissare in die Büros der Industriellenverbände ein. Nach wenigen Monaten aber verschwanden die Kommissare, der "Reichskommissar für die Wirtschaft", Wagener, der sich/nicht fügen wollte, wanderte ins Konzentrationslager, die Industriellenverbände blieben bestehen. Ein Reichsstand des deutschen /der Abberufung/ Handels, ein Reichsstand des deutschen Handwerks wurden gegründet, unter der geschäftigen Leitung des Dr. von Renteln, der auch das Präsidium des Industrie- und Handelstages übernahm. Eine Zeit lang schien es, als ob die mittlere Industrie die Schlotbarone aus ihrer Position verdrängen würde. Doch nach zähem Ringen blieb die Grossindustrie unbestrittener Sieger und unter ihrer Führung befestigten die Unternehmer ihre Stellung im Staat des "nationalen Sozialismus". Den 13 Verbänden der "Wirtschaftsführung", die unter Leitung des damaligen Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt am 27. Februar 1934 zum Zwecke "zielbewusster Geschäftspolitik" gegründet wurden, wurde die Gestaltung der deutschen Wirtschaft überlassen. Weder Arbeitsfront noch Mittelstandsbünde durften ihnen dreinreden. Als Hitler seine Unterschrift unter das Gesetz setzte, das die erstarkte Position der Unternehmer legalisierte, befand sich Dr. Ley, der Leiter der Arbeitsfront, ahnungslos auf einer Auslandsreise.

Die Arbeitsfront hat wiederholt versucht, das verlorene Terrain zurückzugewinnen, sie wollte genau so, wie sie den Unternehmern Einfluss auf ihre Organisation einräumte, Einfluss auf die Wirtschaftsführung erhalten. Die Unternehmer besetzten zwar die entscheidenden Positionen der Arbeitsfront mit ihren Vertrauensleuten, doch sie machten keinerlei Konzessionen. Der im Februar 1934 ernannte "Führer der Wirtschaft", Generaldirektor Kessler, fand sich bereit, mit den in der Arbeitsfront aufgegangenen Arbeiter- und Mittelstandsorganisationen zu paktieren. Unter Aufsicht des Stellvertreters Hitlers fanden Einigungsverhandlungen statt, schon war Ley hoffnungsfreudig gestimmt. Aber nach der Absetzung Kesslers wies sein Nachfolger, Graf von der Goltz, die Arbeitsfront wieder schroff in ihre Schranken.

3.)

Die scharfe Zurechtweisung der Arbeitsfront durch den Grafen von der Goltz war den Unternehmern nicht unangenehm. Doch mit dem ehemaligen Syndikus der pommerschen Arbeitgeberverbände kam ein Fürsprecher mittelständlerischer Ideologien an die Spitze der Wirtschaftsführung. Grund genug für die Grossindustrie, die Massnahmen des Grafen nach Kräften zu sabotieren. Zufrieden stellt das Sprachrohr der Schwerindustrie ("Der deutsche Volkswirt" vom 7. Dezember) fest, dass bisher "das Amt des Führers der Wirtschaft wegen des mangelnden Unterbaus keine wirkliche Bedeutung erlangen konnte."

Die Einstellung des Grafen von der Goltz wurde zu einer Gefährdung, als sich mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise des Dritten Reiches mittelständlerische Gruppen verzweifelt gegen die Industrie wenden wollten. Die Rohstoffkrise der deutschen Wirtschaft, die Hamsterpanik des Frühherbstes haben im Kleinhandel und Handwerk zu ausserordentlichen Substanzverlusten geführt. Der Industrie wurde von dem neu ernannten Preiskommissar gestattet, bei Verkäufen die durch die Rohstoffnot gestiegenen Wiederbeschaffungspreise zu fordern, dem Mittelstand wurde die Einhaltung der Preise vorgeschrieben, die auf der Basis der ursprünglichen Einkaufspreise berechnet waren. Inzwischen sind die Einkaufspreise im Grosshandel erheblich gestiegen, der Erlös des Kleinhändlers reicht nicht zum Auffüllen der Lager, der Mittelstand fürchtet den "Ausverkauf"; die Industrie empfahl ihm höhnisch, Überbrückungskredite aufzunehmen, sich also in "Zinsknechtschaft" zu begeben. Der Preiskommissar wurde zum Schrecken des Mittelstandes, er bedrohte auch das Preisgefüge des Reichsnährstandes, aber die Kartellstelle des Industriellenverbandes wurde seiner Aufsicht entzogen. Ende November kam es beim Abschluss des Reichsbauerntages in Goslar zu einer eindrucksvollen Demonstration, als der Landwirtschaftsminister Darré seine Rede mit einer unverblühten Kampfansage "gegen die liberalistischen Kapitalisten" schloss. Graf von der Goltz, der Reichshandwerksführer Schmidt und Dr. Ley stürmten auf die Tribüne, "um dem Redner für seine offenen, ehrlichen, sozialistischen Worte zu danken". (Zeitungsdienst des Reichsnährstandes). Gegen die drohende gemeinsame Aktion von Agrarorganisation, Arbeitsfront und Mittelstand musste schnell gehandelt werden. Als von der Goltz noch mehr dem Druck der Arbeitsfront und ernsthaft an die Auflösung der im Rahmen der "Wirtschaftsführung" weiterbestehenden Arbeitgeberverbände gehen wollte, war er für die Industrie untragbar geworden.

Der Knoten wurde zerhauen; am 27. November wurde der unter Führung der Schwerindustrie stehende Reichsverband der deutschen Industrie, der einst von den Nationalsozialisten zerschlagen werden sollte, wiederhergestellt, die bisher formal getrennten 7 Industriegruppen wurden wieder in einer Industriegruppe zusammengefasst. Den Einheitsorganisationen der Landwirtschaft und des Mittelstandes steht die geschlossene Front der Industrie gegenüber. Ein Ausbrechen der mittleren Industrie ist durch den Machtspruch des Staates unmöglich gemacht, die Grossindustrie führt, die Grossindustrie führt, an die Stelle des "antiliberalistischen" Pg. von der Goltz trat der Generaldirektor Hecker, der als Abgeordneter der "liberalistischen" Deutschen Volkspartei die Industrie schon in den Parlamenten der Republik vertreten hatte. Der Mittelstandsführer v. Renteln wurde zum Leiter einer der 18 Reichsbetriebsgemeinschaften der Arbeitsfront degradiert. Die Industrie ist für die kommenden Auseinandersetzungen gerüstet. Der Angriff der Arbeitsfront ist bereits abgeschlagen, niemand solle sich einbilden -- erklärt "Der deutsche Volkswirt" --, dass neben dieser Unternehmerorganisation "innerhalb oder ausserhalb der Deutschen Arbeitsfront eine zweite Organisation der gewerblichen Wirtschaft möglich wäre". Die Arbeitsfront hat keinen Widerspruch gewagt.

Als von der Goltz sein Amt antrat, versicherte er: "Die Wirtschaft zieht das Braunhemd an". Sie hat es wieder ausgezogen.

**Der "Kinderfreund".** (ITF) Jahrzehntlang haben die freien Gewerkschaften die Kinderarbeit bekämpft. Jetzt sind die Gewerkschaften in Deutschland zerschlagen, und die Nationalsozialisten legen Kinderarbeit ausdrücklich in ihren von den Treuhändern diktierten Tarifordnungen fest. Die am 26. Oktober 1934 diktierte Tarifordnung für die ostpreussische Landwirtschaft (Tarifregister Nr. 356/2) enthält einen besonderen Paragraphen (9) über "Kinderarbeit": "Arbeitsverträge mit Kindern unter 10 Jahren sind ungültig. Arbeitsverträge mit Kindern von 10 Jahren und darüber bedürfen des Einverständnisses der Eltern. Die Arbeitszeit muss so gestaltet werden, dass ein Versäumnis des Schulbesuchs sowie des Hitlerjugend- bzw. Bund deutscher Mädel-Dienstes vermieden wird... Die Kinder

4.) erhalten je nach Leistung täglich 50 Pfg. bis 1 RM...".

Noch im November 1933 forderten die Nationalsozialistischen Betriebszellen "volles Arbeitsverbot für Kinder unter 14 Jahren". Adolf Hitler lässt sich ständig mit Kindern photographieren und als "Kinderfreund" feiern. Jetzt legen die von Hitler ernannten Treuhänder Kinderarbeit mit Gesetzeskraft fest!

Die Reitpeitsche des "Führers". (ITF) Der "Führer und Reichskanzler  
===== Adolf Hitler" lässt sich gern mit einer Reitpeitsche in der Hand photographieren. Er reitet zwar nicht, aber er gebraucht die Reitpeitsche, wie er es einst ausdrückte, zur "Züchtigung der Untermenschen". Nachdem das Führerprinzip auf die Betriebe übernommen wurde, versuchen Unternehmer dem Reichsführer nachzueifern. In Mitteldeutschland hat jetzt ein Landwirt seinen Lehrling mit der Peitsche misshandelt. Weil sich die Misshandlungen "in Anwesenheit des Gutsverwalters und des Geschirrführers ereigneten, stellten sie", nach dem Spruch des Richters, "eine unwürdige Behandlung des Lehrlings dar". Der Landwirt wurde zu 60 RM Geldstrafe verurteilt. Er wird künftig mit der Reitpeitsche nur schlagen, wenn keine Zeugen dabei sind.

"Unlust, Gleichgültigkeit, Böswilligkeit". (ITF) In allen Betrieben  
===== der Altstadt der pommerschen Hafenstadt Stettin wurde ein Rundschreiben der Deutschen Arbeitsfront (Nr. 12/34) angeschlagen, das auf die "Begeisterung" der deutschen Arbeiter schliessen lässt. Der Ortsgruppenleiter der Arbeitsfront droht jedem Mitglied der Arbeitsfront Ausschluss an, wenn es gegen "den Willen (!) des Führers" verstösst, "den Massnahmen der Reichsregierung zuwiderhandelt, die Anordnungen und Befehle" der kleinen Bonzen, "der zuständigen Amtswalter in böswilliger Absicht nicht befolgt", "das Ansehen irgendeiner (!) Formation der NSDAP zu schädigen versucht", "wer Voranstaltungen der Deutschen Arbeitsfront dreimal unentschuldigt fernbleibt oder zu seiner Entschuldigung Gründe anführt, die sich als unzureichend oder unzutreffend erweisen. Auch Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront, die gleichzeitig der SA, SS, Hitlerjugend usw. angehören, haben monatlich mindestens 1-2 mal an Hauptveranstaltungen (Aufmärschen, Schulungsabenden, Zellenabenden u. dgl.) teilzunehmen, sofern sie nicht zu derselben Zeit nachweislich Dienst bei ihrer Formation verrichten". Und schliesslich wird ausgeschlossen, "wer in bezug auf die Mitarbeit im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront Unlust, Gleichgültigkeit oder gar Böswilligkeit zeigt". "Ich hoffe und erwarte, dass jedes Mitglied der Arbeitsfront sich im klaren darüber ist, was es bedeutet, aus derselben und damit aus der Gemeinschaft aller schaffenden Deutschen ausgeschlossen zu werden".

Dr. Ley hat (am 6. November in Danzig) diese Drohung noch schärfer ausgesprochen: Wer aus nationalsozialistischen Organisationen ausgeschlossen wird, "der ist fürs Leben vernichtet", der erhält keine Arbeit und keine Wohlfahrtsunterstützung, der wird von den nationalsozialistischen Behörden zum Hungertode verurteilt. Trotz allem ist es der Arbeitsfront nicht gelungen, die passive Resistenz entscheidender Teile der deutschen Arbeiterschaft zu brechen. Gerade die Drohungen beweisen es.

"Da kommt schon wieder mal ein Bonze". (ITF) "Ich wünsche nicht, dass  
===== SA-Führer in kostbaren Limousinen oder Cabrioletts Dienstreisen unternehmen" (Adolf Hitler nach der Ermordung der 1200 am 1. Juli 1934).

"Heute gibt es nationalsozialistische Führer, die es sich einfach nicht abgewöhnen können, in Uniform mit ihren Frauen durch die Stadt zu fahren. Es besteht im übrigen eine Anordnung des Stellvertreters des Führers, wonach das Fahren mit Frauen in offenen Autos, wenn man Uniform trägt (!), verboten ist. Ich bitte, diese Anordnung unter allen Umständen einzuhalten. Es macht nicht den besten Eindruck, wenn in fast jedem nationalsozialistischen Auto ein oder mehrere Frauen mitfahren" (vertrauliches Rundschreiben des Gaulleiters Albert Forster an alle führenden Nationalsozialisten in Danzig" vom 28. VI. 34).

"Der Wagen der Kreisleitung ist zu luxuriös. Wenn ich einmal eine Fahrt damit mache, werde ich das Gefühl nicht los, dass das Volk heimlich zueinander sagt: sieh, da kommt schon wieder einmal ein Bonze von der Kreisleitung" (Brief des Leiters der SA im Kreise Saarlouis an die Leitung der getarnten NSDAP des Saargebiets vom 6. Juli 1934, veröffentlicht von der Regierungskommission des Saargebiets).

5.)

Der Sinn der sozialen Ehre. (ITF) "Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit richtet eine neue Ehrauffassung auf. Der Arbeiter der Faust, der Mann im Büro wird, wenn er seine Pflicht tut, gleichgesetzt dem Unternehmer, der ebenfalls seine Pflicht gegenüber Deutschland tut... Nicht das Geld entscheidet in Zukunft, sondern die Arbeit" versicherte die Deutsche Arbeitsfront (am 14. Januar 1934). Durch die soziale Ehre sollte die Volksgemeinschaft verwirklicht werden.

In ihren Fachblättern, die nur selten von Arbeitern gelesen werden, gesteht die Arbeitsfront aber ganz offen, dass sich im kapitalistischen Dritten Reich "eine echte Gemeinschaft nicht entfalten kann". "Die soziale Ehre soll überall da helfend eingreifen, wo aus der naturgegebenen (!) betrieblichen Verschiedenheit der Arbeit heraus eine echte Gemeinschaft sich nicht entfalten kann" (NS-Sozialpolitik 1934, Heft 5), gute Behandlung soll die Arbeiter mit schlechten Löhnen versöhnen. Denn, meint der Nationalsozialismus, der Arbeiter schnallt sich den Leibriemen auch enger, wenn er als freier Mensch behandelt wird" (Völkischer Beobachter, 4. November 1934).

Die Betriebs Ehre. (ITF) "Zum ersten Male in der Welt ist der Gedanke der sozialen Ehre zum Durchbruch gekommen. Das neue Deutschland führt auch hier!" bejubelt die Deutsche Arbeitsfront (am 14. Januar 1934) das Gesetz zur Versklavung der deutschen Arbeiter. Doch weder im Gesetz noch im amtlichen Kommentar wurde mitgeteilt, was eigentlich diese soziale Ehre ist. In den Werkтарifen, den sog. Betriebsordnungen, die ab 1. Oktober 1934 in Kraft traten, sollte der Grundsatz der sozialen Ehre umrissen werden. Von den zahlreichen Betriebsordnungen jedoch, die wir prüften, hat nur eine einzige den Versuch gemacht mitzuteilen, worin die soziale Ehre besteht: die Continental-Gummiwerke AG. in Hannover. "Zur Betriebs Ehre gehören: Ehrlichkeit am Betriebseigentum, Pünktlichkeit und Disziplin. Zur Ehrlichkeit gehört weiter: scharfste Bekämpfung des Bestechungswesens und des Verrats von Betriebsgeheimnissen, sowie eine Betriebsverbundenheit, die nicht zulässt, dass Verbesserungen, die sich auf unseren Betrieb beziehen, nach draussen getragen werden. Verbesserungen, welche von Gefolgschaftsmitglieder gemacht werden, unterliegen der Beurteilung der dafür bestimmten Kommission und werden von dieser entsprechend prämiert. Ehrloses und gemeinschaftsfeindliches Verhalten, wie z. B. Verleumdung und böswillige Verhetzung (!) der Arbeitskameraden, begründet Ausschluss aus der Betriebsgemeinschaft. Für die sorgsame Unterbringung der Garderobe, Fahrräder und sonstiger Dinge persönlichen Gebrauchs stellt die Firma allen Betriebsangehörigen besondere Räume bzw. Schränke zur Verfügung. Es ist eine Ehrenpflicht der Arbeitskameraden untereinander, für die Unverletzlichkeit des Eigentums der so aufbewahrten Gegenstände Sorge zu tragen, um so mehr, als eine Haftung seitens der Werksleitung nicht besteht".

Die "soziale Ehre" setzt sich demnach aus Vorschriften über Garderobenschränke, Werksgeheimnisse und Fahrräder zusammen. Das nationalsozialistische Deutschland führt auch hier.

Im Geiste Hitlers! (ITF) "Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die nicht von irgendeiner Mitleidsmoral getrieben wird" hat Adolf Hitler (am 21. Mai 193) proklamiert. Nationalsozialistische Ärzte versuchen im Geiste Hitlers zu handeln. Der Bezirksobmann des Nationalsozialistischen Ärztebundes in Altena in Westfalen, Medizinalrat Dr. Heilig, versandte ein Rundschreiben an die nationalsozialistischen Ärzte seines Bezirks:

Erwerbslose sollen verhungern! "Die immer wieder verordneten Milchzulagen haben als zusätzliche Ernährung im Sinne eines Heilmittels nach meinem Dafürhalten nur dann einen Sinn, wenn durch die vermehrte Kalorienzufuhr ein durch eine bestimmte Krankheit bedingter Unterernährungs- oder Erschöpfungszustand behoben werden kann... Die einfache Tatsache schlechten Allgemeinzustandes, wie wir ihn bei jahrelang Erwerbslosen fast immer sehen als Folge ihrer Wirtschaftsnot, genügt nicht. Dann könnten wir allen Erwerbslosen solche Zulagen aufschreiben, das genügt ins Uferlose".

Tuberkulose sollen sterben! Wenn dann Erwerbslose oder schlechtbezahlte Arbeiter von der Tuberkulose, der Proletarierkrankheit, erfaßt werden, sollen sie ihrem Schicksal überlassen bleiben: "Heilverfahren und kostspielige Behandlungsmethoden sind nur in solchen Fällen angezeigt, in denen nach wissenschaftlichem Ermessen Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder Vermeidung des Eintritts der Invalidität in Aussicht steht". Dass der Arbeiter gesund wird, interessiert den nationalsozialistischen Arzt nicht. "Bei ganz aussichtslosen Fällen hat es auch keinen Zweck mehr, monatelang Stärkungsmittel, Milch usw. auf öffentliche Kosten zu gewähren".

6.)

Kinder sollen darben! "Es ist eine bekannte Erfahrung, dass es immer dieselben Familien sind, die den schlechten, minderwertigen Nachwuchs stellen. Diesem Nachwuchs in erster Linie Lebensmittelzulagen zuwenden aus öffentlichen Mitteln, ist nicht Fürsorge im nationalsozialistischen Geist".

"Wir müssen endlich aus den unerträglichen Zuständen, in die uns die überspannte und missverstandene Fürsorge, der Humanitätsdusel einer überwundenen Zeitepoche geführt hat, hinaus". (Dieses Dokument fast unglaublicher Roheit wurde am 26. November 1933 versandt. Es lag der Redaktion der "Deutschen Freiheit" vor, die es in Nr. 230, 1934 veröffentlichte).

Die andere Lebenshaltung. (ITF) Eine Mitteilung der nationalsozialistischen Danziger Polizei beleuchtet die Zustände im nationalsozialistischen Landarbeiterverband. Der SA-Sturmführer Emil Arndt hatte sein Bauerngut verpachtet, um sich voll und ganz als Kreisleiter im Landarbeiterverband dem Dienst an der Nation widmen zu können. Neben der Pachteinnahme bezog er seine Vergütung als Sturmführer und monatlich über 400 Danziger Gulden (d.i. mehr als 10% der von seinem Büro zu kassierenden Beiträge) als Kreisleiter des Landarbeiterverbandes. Dieser dreifache Verdienst reichte ihm nicht; nach Feststellung der Polizei muss er mindestens 6000 Gulden (nahezu 5000 RM) unterschlagen haben. In einer vertraulichen Denkschrift hatte der nationalsozialistische Gauleiter von Danzig allen "führenden Nationalsozialisten in Danzig" ans Herz gelegt: "Der Nationalsozialismus muss eine andere Lebenshaltung an den Tag legen als die Menschen vor uns".

Sturmführer Arndt hat diesen Befehl prompt befolgt.

Kampf im Arbeitslager. (ITF) Die österreichische Diktatur hat ca. 17 000 erwerbslose Jugendliche, darunter etwa 1500 erwerbslose Mädchen, in den "freiwilligen" Arbeitsdienst gepresst. Den etwa 9 000 Jugendlichen, die in geschlossenen Lagern arbeiten, wird täglich je 1/2 Schilling (ca. 20 Pfennige) ausgezahlt. Die andern werden gegen einen Taglohn von 2-3 Schilling (d. s. 0,4 Schilling pro Stunde) beschäftigt. Die christliche Regierung nutzt die Jugendlichen nach Kräften aus. Fast die Hälfte aller Stadtrandsiedlungen, ein grosser Teil der Dammbauten werden durch die schlechtbezahlten Jugendlichen ausgeführt. Durch ein ausgebildetes Antreibersystem wird, nach dem Bericht des Sektionsrats Dr. Keller (erschieden im Oktoberheft der "Lehrlings-, Jugend- und Berufsfürsorge"), von den Jugendlichen die volle Arbeitsleistung eines Vollarbeiters erzwungen. In den Arbeitslagern wehren sich die Jugendlichen durch passive Resistenz, trotz aller Antreiberei kann die Regierung hier nur 80% der Leistung eines Vollarbeiters erzwingen. Jetzt haben sich die ausgenutzten Jungarbeiter zur Abwehr zusammengeschlossen. Auf einer illegalen Konferenz von Arbeitsdienstlern wurde die Errichtung einer "revolutionären freigewerkschaftlichen Einheitsorganisation für den gesamten DAF" beschlossen und eine provisorische Leitung gewählt.

Arbeitsdienst als Lohndruck. (ITF) Im österreichischen Arbeitsdienst werden 17000 Jugendliche gegen eine Vergütung von 0,40 Sch. und weniger pro Std. vorwiegend im Hoch- und Tiefbau beschäftigt. Die Bauarbeiter spüren den Einsatz dieser Lohndruckarmee. Das (illegal erscheinende) freigewerkschaftliche Mitteilungsblatt der Bauarbeiter berichtet von Fällen, in denen Bauunternehmer nur noch 0,70 Sch. pro Std. zahlen und den protestierenden Arbeitern höhnisch erklären, "dass sie gegenüber dem freiwilligen Arbeitsdienst geradezu glänzend daran seien".

Die Affen Mussolinis. (ITF) Österreich ist unter der christlichen Diktatur Vasallenstaat des faschistischen Italien geworden. Die österreichische Industrie fabriziert Kriegsmaterial für die italienische Armee, die österreichische Armee wird vergrössert, um Mussolini Kanonenfutter zur Verfügung zu stellen. Selbst in den Methoden der Niederhaltung der Arbeiterschaft wird sklavisch das Vorbild Roms befolgt. Der österreichische Minister Neustädter-Stürmer hat (am 13. November) in einer Rede vor den gewerblichen Arbeitgeberverbänden erklärt, dass sich Österreich erst in der zweiten Etappe der "berufsständischen" Entwicklung befände. Die erste Etappe sei die Gründung der gelben Einheitsgewerkschaft gewesen. Die zweite sei die Stärkung der Unternehmerorganisationen. "Dann wird eine längere Pause eintreten, ehe zur dritten Etappe, zum organisatorischen Zusammenschluss der Arbeitgeberorganisationen geschritten wird". Wie in Italien wird den Unternehmerverbänden volle Selbstverwaltung garantiert, während die sog. Arbeitnehmerorganisation von Staatsbeauftragten geleitet wird. Wenn dann eines Tages noch die Unternehmer die Leitung der Arbeiterorganisationen übernommen haben, ist der "christlich-deutsche Ständestaat" vollendet.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Deutsche Eisenbahner schreiben: (ITF) "Im Gegensatz zur Privatindustrie  
 ===== ist der Lohn der deutschen  
 Eisenbahnarbeiter in vielen Gruppen bisher auf dem Papier der gleiche  
 geblieben wie bei der Errichtung der Diktatur. Das bedeutet natürlich  
 nicht, dass das Einkommen der Eisenbahner das gleiche geblieben ist,  
 denn die Abgaben sind durch erhöhte Abzüge und "freiwillige" Spenden  
 bedeutend höher geworden, so dass auch bei auf dem Papier gleichgeblie-  
 benem Lohn das Einkommen beträchtlich vermindert ist. Die steigende  
 Unzufriedenheit unter den Eisenbahnern ist aber in erster Linie auf  
 die unglaubliche Ausnutzung und Antreiberei zurückzuführen. Die An-  
 wendung der Dienstdauervorschriften hat Formen angenommen, wie sie  
 selbst im kaiserlichen Deutschland nicht schlimmer waren. Betriebsar-  
 beiter und Beamte haben jetzt einen so langen Dienst, dass für Familie  
 und Erholung kaum noch Zeit übrig bleibt.

Die Antreiberei in den Werkstätten hat einen Umfang erreicht,  
 der die Kollegen zur Verzweiflung bringt. Längst abgestellte Lokomo-  
 tiven und Wagen, selbst die, die zur Verschrottung kommen sollten, müs-  
 sen wieder fahrtbereit gemacht werden. Durch diese Vorbereitung der  
 Reichsbahn für einen Krieg ist der Arbeitsanfall beträchtlich gestie-  
 gen. Bis 1933 sollen über 2500 reparaturbedürftige Lokomotiven und  
 über 200 000 reparaturbedürftige Wagen abgestellt gewesen sein. Die  
 werden jetzt überholt. Doch die Qualität der Arbeit entspricht, (wie  
 aus allen Werkstätten berichtet wird) dem Arbeitstempo. Die Beamten  
 achten nur darauf, dass die Fahrzeuge einigermaßen fahrtbereit sind.  
 Es werden Fälle berichtet, dass Lokomotiven die Werkstatt verlassen,  
 an denen z. B. der Aschenkasten statt mit Schrauben nur mit Draht be-  
 festigt wurde...

Alle Eisenbahner unter 35 Jahren sind verpflichtet, neben der an-  
 strengenden und langen Dienstzeit im Bahnschutz Dienst zu tun. Schiess-  
 übungen und andere militärische Dienste müssen in und ausserhalb der  
Arbeitszeit verrichtet werden. Daneben zwingt man die Arbeiter, wö-  
 chentlich mehrere Versammlungen zu besuchen. Bei jeder Gelegenheit  
 müssen Extrazahlungen geleistet werden. Die Unzufriedenheit ist gerade  
 in den letzten Wochen gewachsen. An die Stelle der Betriebsräte sind  
Vertrauensleute getreten, die von den Dienststellenleitern ausgesucht  
 werden. Die Fluktuation unter diesen Betriebsvertrauensleuten ist noch  
 grösser als die unter den Amtswaltern der Deutschen Arbeitsfront. Fast  
 täglich müssen Vertrauensleute auch im Reichsbahnbetrieb ihre Ämter  
 niederlegen, weil ihnen Unterschlagungen nachgewiesen wurden. Nur in  
 ganz groben Fällen erfolgt Strafanzeige, in der Regel werden die wahren  
 Ursachen der Absetzung von Betriebsvertrauensleuten verschwiegen.  
 In vielen Dienststellen der Reichsbahn gibt sich kein Mensch mehr dazu  
 her, einen Vertrauensratsposten zu übernehmen. Das ist natürlich nicht  
 nur bei der Reichsbahn so, sondern genau so in der Privatindustrie.  
 Erst vor einigen Wochen sahen sich einige Treuhänder gezwungen, einen  
 Aufruf gegen die "fahnenflüchtigen Betriebsvertrauensleute" zu erlassen.  
 In diesem Aufruf wurde allen Vertrauensleuten, die ihr Amt "ungerech-  
 fertigt" niederlegen, angedroht, dass sie auf eine schwarze Liste  
 derer gesetzt würden, die künftig für Ehrenämter nicht mehr in Betracht  
 kämen". Nach übereinstimmenden Berichten aus fast allen Reichsbahnbe-  
 trieben haben diese Aufrufe keinerlei Eindruck gemacht.

25% Lohnabbau. (ITF) Für die Kutscher, die in den Baumschulen im  
 ===== Treuhänderbezirk Nordmark beschäftigt werden,  
 wurden die Löhne vom Treuhänder neu festgesetzt. Sie sollen künftig  
 wöchentlich erhalten:

bei einer tägl.			
Arbeitszeit.....	<u>bis zu 8 Std.</u>	<u>bis zu 9 Std.</u>	<u>bis zu 10 Std.</u>
	26 RM	28 RM	30 RM

Nach dem letzten, noch von der freien Gewerkschaft abgeschlossenen  
 Tarif erhielten sie:

34 RM	37,40 RM	40,80 RM
-------	----------	----------

Die Lohnsenkung beträgt demnach:

23 1/2%	25%	25%.
---------	-----	------